

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	44
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	04.12.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Kopp (AfU), Herr Dr. Brust (Bauernverband Stuttgart e. V.), Herr Schirner (GFF)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	"Klimawandel auch in Stuttgart deutlich sichtbar" - Antrag Nr. 415/2020 vom 07.10.2020 (90/GRÜNE) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigten Präsentationen sind dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei sind sie in Papierform angehängt.

Herr Kapp (AfU) und Herr Dr. Brust (Bauernverband Stuttgart e. V.) berichten im Sinne der angehängten Präsentationen.

Es sei deutlich geworden, so Herr Schirner (GFF), dass Trockenheit, Hitze und Dürre das Ökosystem Wald sehr stark angreifen. Die Jahre 2018, 2019 und 2020 hätten Hitzejahre dargestellt und die Auswirkungen auf den Wald seien nicht unübersehbar. Hinsichtlich der Baumartenzusammensetzung stelle die Eiche einen Anteil von einem Drittel und die Buche von einem Viertel dar. Ebenso seien Baumarten wie Flachwurzler (beispielsweise Fichte oder Kiefer) enthalten. Die Fichten fielen zwar aus, hätten allerdings lediglich einen vierprozentigen Anteil an den Baumarten. Da die schwächelnden Fichten den Borkenkäfer anzögen, führe dies zu einem entsprechend starken Käferbefall. Die Buchen seien aufgrund von Hitze und Trockenheit stark gefährdet, weshalb an einigen Stellen eingegriffen werden müsse. Ein wichtiges Thema stelle die Verkehrssi-

cherungspflicht dar. In Stuttgart belaufe sich die Streckenlänge an Waldrändern auf etwa 280 Kilometer. Die insbesondere an Buchen auftretenden Trockenschäden würden u. a. die Waldränder betreffen und stellten dort besonders gefährdete Bereiche dar. An diesen Stellen müssten Eingriffe durchgeführt werden. Ebenso würden innerhalb von Waldgebieten akute Risiken vorliegen. Aufgrund der dichten Besiedlung sowie des zahlreichen Aufsuchens der Wälder müsse sorgfältig dafür gesorgt werden, dass die Waldbesucher*innen möglichst ungefährdet den Wald besuchen könnten. Aktuell führe die Verwaltung an denjenigen Stellen Pflanzungen durch, wo sich Leerstellen befänden. Generell setze sie allerdings mehr auf die Naturverjüngung. Im Rahmen des Waldbeirats seien den Teilnehmern einer Führung gut funktionierende Naturverjüngungen vorgestellt worden. Hinsichtlich der Einwanderung fremdländischer Flora und Fauna führe beispielsweise der Eichenprozessionsspinner zwar zu einer geringen Gefahr für die Eichen, dagegen zu einer großen Gefahr für die Waldbesucher*innen aufgrund der stark allergisch wirkenden Behaarung der Raupen. Die Verwaltung werde zu Beginn des ersten Quartals 2021 vor dem Hintergrund der aufgrund der Trockenschäden wichtigen Verkehrssicherungsthematik Eingriffe an den Waldrandbereichen durchführen. Dieses werde vermutlich erneut zu Diskussionen im Waldbeirat führen. Beim Ausfall bestimmter Baumarten, wie der Buchen, Fichten und anderer Baumarten, werde durch die Naturverjüngung das Nachwachsen von Bäumen gefördert. Anders als im landwirtschaftlichen Bereich handle es sich dabei nicht um eine jährliche Betrachtungsweise, sondern um einen Jahrzehnte- oder Jahrhundertezyklus. Dies setze eine andere Strategie und ein anderes Management voraus. Die Verwaltung führe bereits eine Jungwuchsförderung durch, allerdings nicht in dem Maße, wie es angemessen und richtig wäre. Die Waldkulturen könnten lediglich mit einer guten Bejagung weiterentwickelt werden. Zukünftige waldbauliche Maßnahmen vor dem Hintergrund des Klimawandels seien mit Baumfällungen verbunden, was bereits in den vergangenen Jahren zu einer ausgeprägten Diskussion mit Kritikern und Skeptikern in der Bevölkerung geführt hätte. Aufgrund der Einrichtung des Waldbeirats sei ein wesentlich stärker ausgeprägtes Verständnis für die waldbaulichen Maßnahmen erzielt worden, da in diesem Gremium genügend Raum für entsprechende Diskussionen sei. Die Grundsätze und Prinzipien der Waldbewirtschaftung würden durch wissenschaftliche Fachvorträge gut dargestellt, wodurch eine völlig andere Kommunikation erreicht werden konnte. Während die Buche und andere Baumarten geschwächt seien, habe sich die Eiche als klimaresistent erwiesen. Der hohe Anteil von Eichen mit einem Drittel der Baumarten könne durchaus auf die Hälfte gesteigert werden. Allerdings werde man sich nicht ausschließlich auf die Eiche konzentrieren, da es keine zuverlässige Prognose für deren Klimafestigkeit für die nächsten 50 oder 100 Jahre gebe. Daher konzentriere sich die Verwaltung auf vier Grundbaumarten, wolle jedoch stark die Eiche fördern, da sie als Pfahlwurzler Wasser aus entfernteren Regionen beziehen könne als andere Baumarten. Bei der Naturverjüngung verbreite sich die Buche sehr stark, da sie schneller als die Eiche wachse. Daher würden in einer Naturverjüngung Eichen sehr rasch von Buchen überwuchert. Entsprechende Eingriffe seien schon im Jungbaumbestand notwendig, da die Eiche eine Lichtbaumart darstelle, die rasch nach oben wachse und somit ein stabiles Waldgerüst bilde. Ein besonderes Ziel liege in der Waldrandgestaltung im Zusammenhang mit Verkehrssicherungsmaßnahmen. Die Waldränder begännen mit einer niedrigen Krautschicht, mit einer darüber liegenden Strauchschicht sowie darüber wachsenden Bäumen erster und zweiter Ordnung. Idealerweise liege auf diese Weise ein nahezu linearer Aufbau vor. Die aktuelle Forsteinrichtung laufe 2023 aus, worüber im Waldbeirat bereits intensiv diskutiert worden sei. In der neuen Forsteinrichtung, die im Jahr 2013 beschlossen worden sei und ebenso im Jahr 2023 beschlossen werde, seien zwar stets die bewährten waldbaulichen Maßnahmen von der Verwaltung durchgeführt worden, allerdings nicht

immer richtig kommuniziert worden. Dieses werde jedoch kontinuierlich verbessert. Zielsetzung bei der neuen Forsteinrichtung sei daher eine wesentlich verbesserte Kommunikation sowie ein waldbauliches Management. Derzeit würden lediglich verkehrssichernde Maßnahmen und kein notwendiger Waldumbau oder die Holzernte durchgeführt. Durch den Holzverkauf seien in früheren Jahren Erträge von 600.000 bis 800.000 Euro erzielt worden. Die Holzernte sei aufgrund äußerer Interventionen eingestellt worden. Herr Schirner weist ausdrücklich auf einen derzeitigen waldbaulichen Stillstand hin, der von Fachleuten als sehr kritisch angesehen wird und für den Wald nicht positiv sei. Es stelle sich die Frage, wie sich die Entwicklung des Waldes zukünftig darstelle. Er hoffe aufgrund einer intensiven Diskussion sowie Kommunikation auf Verständnis für die über die Verkehrssicherung hinausgehenden Maßnahmen durch die Forstverwaltung.

BM Pätzold betont, die Vorträge hätten deutlich gemacht, der Klimawandel sei in der Stadt angekommen. Die Swiss Re als großer Rückversicherer rechne bis zum Jahr 2050 mit 290 Mrd. Euro Kosten für die Folgen des Klimawandels. Der Gemeinderat habe in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, drei Feuerwehrfahrzeuge gegen Waldbrände zu beschaffen. Waldbrände hätten in der Stadt zu keiner Zeit ein Thema dargestellt, was sich aktuell jedoch geändert habe. Dies hätten die brennenden Wälder südlich von Berlin im Jahr 2018 bewiesen. Ebenso sei das Thema Wassermangel wichtig, was sich ebenso im Jahr 2018 deutlich gezeigt habe: Damals sei es möglich gewesen, im Bodensee eine etwa einhundert Meter lange Strecke über den Seegrund zu Fuß zurückzulegen. Die Bodenseewasserversorgung müsse zukünftig mit einer eher zurückgehenden Wassermenge rechnen. Einen positiven Aspekt stelle die Landwirtschaft mit ihrer großen Vielfalt und hoher Qualität in der Landeshauptstadt (LHS) dar. Er appelliert, in den regionalen Hofläden und Märkten einzukaufen, da ein regionaler und lokaler Einkauf zudem die Verkehrsströme reduziere.

Aufgrund des Antrags ihrer Fraktion "Klimawandel auch in Stuttgart deutlich sichtbar" seien die heutigen Berichte erfolgt, so StRin Munk (90/GRÜNE). Die Aspekte des Klimawandels in der Stadt seien bereits seit längerer Zeit deutlich sichtbar. Die drei vorgebrachten Berichte hätten den gesamten Themenbereich abgebildet und dessen Brisanz aufgezeigt. Die Darstellungen seien zum Teil erschreckend, daher sei es unverständlich, dass es noch immer Leugner des Klimawandels gebe. Aufgrund seiner Beiräte, Unterausschüsse sowie Fachbeiräte sei der Gemeinderat gut über den Klimawandel informiert. Das Thema solle mit Hilfe einer positiven Öffentlichkeitsarbeit deutlicher in die Breite der Bevölkerung getragen werden. Auf das Thema Klimaschutz könne der Gemeinderat Einfluss nehmen und versuchen, die Entwicklungen zu bremsen. Herr Kapp habe dargestellt, der gemeinsam gesteckte Pfad der maximalen Klimaerwärmung sei nicht eingehalten worden. Daher müssten alle Anstrengungen unternommen werden, diesen Pfad in der Stadt beizubehalten und auf allen Ebenen dem Klimawandel entgegen zu treten. Sie sei eine regelmäßige Teilnehmerin der Veranstaltungen und Felderrundfahrten mit Herrn Dr. Brust, bei denen das Thema Klimawandel eindringlich geschildert werde, so StRin Munk. Während die Felder auf den Fildern aufgrund der Qualität der Lehm- und Lössböden die Klimaveränderung noch vergleichsweise gut verkrafteten, treffe dies auf andere Lagen, wie beispielsweise die Böden mit Maisanbau im Stadtbezirk Weilimdorf, weniger zu. Die Landwirtschaft besitze zwar im Umgang mit den lokalen Gegebenheiten große Erfahrung, jedoch häuften sich die Forderungen nach Beregnungsanlagen und weiteren technischen Maßnahmen. Den wichtigsten Punkt im Vortrag von Herrn Dr. Brust habe dessen Appell dargestellt, die Böden zu sichern, den Bodenschutz in Stuttgart zu betreiben sowie die Freiflächen zu schützen und

die Versiegelung zu stoppen. Hiermit könne dem Klimawandel entgegengetreten und die Biodiversität in der Stadt gesichert werden. Zudem bedürfe es vieler Maßnahmen und hoher Investitionen in den Hochwasserschutz, was sich am Beispiel des Flusses Körsch sowie hinsichtlich des Hochwassers in Zazenhausen und Mühlhausen gezeigt habe. Die Entwicklungen würden sich zukünftig nicht verbessern, sondern eher verschlechtern. In den Vorträgen sei das Thema der Grundwasserbildung nicht zum Ausdruck gebracht worden. Aufgrund ihrer Tätigkeit im Verwaltungsrat der Landeswasserversorgung seien ihr die drastischen Entwicklungen aufgrund der Absenkung des Grundwasserspiegels bekannt. Dieses habe zu einem Auswirkungen aufgrund des Trockenstresses auf die Landwirtschaft und die Wälder. Zum anderen betreffe dies ebenso den bebauten Bereich, bei dem aufgrund von Frost eine Rissbildung in den Gebäuden entstehe. Insgesamt entgegen ihre Fraktion sehr engagiert dem Klimawandel und bringe die entsprechenden Gegenmaßnahmen zügig voran.

StR Kotz (CDU) begrüßt den von StRin Munk angeführten Antrag als Anlass, sich in der heutigen Sitzung des AKU mit dem Thema Klimawandel in der LHS intensiv auseinanderzusetzen. Die vorgetragenen Berichte und praktischen Beispiele bewirkten sowohl in der Bürgerschaft als auch im Gemeinderat Nachdenklichkeit. Es stelle sich stets die Frage, ob die in der Politik notwendigen Abwägungen angemessen seien. So sei das Motto "Bodenschutz um jeden Preis" einerseits richtig, andererseits bestehe beispielsweise im Stadtbezirk Weilimdorf die Notwendigkeit des Baus eines zusätzlichen Betriebshofs für die Stadtbahnen. Beim Thema "Wohnort und Arbeitsplätze" verhalte es sich ähnlich wie bei der von Dr. Brust dargestellten Vorteile der kurzen Wege bei Futtermitteltransporten: Falls die Arbeitsplätze und die Wohnorte der Arbeitnehmerschaft möglichst nah zusammenlägen, ergebe sich eine wesentlich geringere Mobilität und damit eine positive Auswirkung auf das Klima. Daher müsse eine Abwägung in der Art getroffen werden, entweder mehr Wohnraum in der Nähe der Arbeitsplätze und der Erholungsgebiete zu schaffen, oder bessere Transportmöglichkeiten aufgrund der Wichtigkeit der Flächen für das Mikroklima in der LHS zu schaffen. Hinsichtlich des globalen Klimas gebe es auf der Erde unterschiedliche finanzielle Möglichkeiten, Klimaschutz zu betreiben. Daher sei es fraglich, in der Stadt aus einem KfW-55-Standard-Bauprojekt ein KfW-40-Bauprojekt durchzuführen, während auf anderen Kontinenten die Kohlekraftwerke weiterbetrieben würden, da keine finanziellen Mittel für moderne Techniken zur Verfügung stünden. Da bekannt sei, dass sich diese Staaten keine Modernisierung leisten könnten, müsse bei der Bepreisung des CO₂ die Frage gestellt werden, wo die effizienteste Wirkung einer Maßnahme hinsichtlich der CO₂-Bilanz erreicht werde und ob es richtig sei, in der LHS an den geringsten Stellschrauben zu drehen, statt bei dieser Thematik global anzusetzen. Die geringen Niederschlagsmengen im April und Mai dieses Jahres seien in den Zeitraum gefallen, in dem sich die Bevölkerung coronabedingt am schönen Wetter erfreut habe und sich nicht in den Räumen habe aufhalten müssen. Dagegen habe die Wetterlage für die Landwirtschaft eine Katastrophe dargestellt. Bei dem Thema Klimaschutz solle sich die Stadt nicht verstecken, sondern regelmäßig prüfen, welche Klimaschutzmaßnahmen auch außerhalb des Stadtgebiets unterstützt werden könnten.

Die Erderwärmung kenne keine Grenzen und mache vor der LHS keinen Halt, betont StR Rockenbauch (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Die natürlichen Lebensgrundlagen seien aufgrund der Erderwärmung existenziell berührt, was die Berichte aus der Landwirtschaft und dem Forstbereich gezeigt hätten. Er wünsche sich einen Expertenrat mit beratender Funktion in der Art, welche Maßnahmen gegen den Klimawandel konkret ergriffen werden müssten. Der Appell, keine Außenentwicklung

durchzuführen, sei bereits bekannt. Bezüglich des waldbaulichen Stillstandes existiere eine kontroverse Diskussion, und generell fehle es neben den Lageberichten an einer Darstellung der Maßnahmen und Möglichkeiten gegen den Klimawandel. Hinsichtlich der Hitzerräume und des Hitzestresses in der Stadt habe er zwar mehrere Vorschläge, jedoch vermisse er aus anderen Bereichen konkrete Maßnahmenpakete. Herr Schirner erläutert hierzu, bei der 5.000 ha umfassenden Waldbewirtschaftung liege der Anteil der Stadt bei 2.700 ha. Eine Forsteinrichtung sei ein Managementplan, der größenordnungsmäßig detailliert auf die Hektar- und sogar die Ar-Ebene heruntergebrochen werde, und dabei die Topografie, die Bodensituation und das Mikroklima berücksichtige. Vor dem Hintergrund der zukünftigen strukturellen Konzentration auf die Eiche, die u. a. von den mit dem Waldbeirat zusammenarbeitenden Wissenschaftlern bestätigt werde, werde für konkrete Bereiche im Stuttgarter Wald über die Maßnahmen entschieden. Dies bedeute hinsichtlich der Förderung der Eichen, dass je nach Größe dieser Bäume die benachbarten Buchen entfernt werden müssten, da diese ein schnelleres Wachstum vorwiesen und eine Verschattung für die Eichen verursachten. Im Falle der Verschattung könnten sich die Eichen nicht mehr weiterentwickeln. Es werde eine langfristige Strategie über 10 bis 30 Jahre angewandt, um die Eichen zu fördern. Die über die Forsteinrichtung durchgeführten waldbaulichen Maßnahmen würden über den Waldbeirat und entsprechende Pressemitteilungen kommuniziert. Dabei würden die Eingriffe detailliert dargestellt und vorab an die Bezirksbeiräte übermittelt. Häufig würde auf diese Weise Verständnis für die Maßnahmen des GFF erzeugt werden. Der Gemeinderat könne in der Form unterstützend tätig werden, indem er die Maßnahmen kommunikativ unterstützte und aus der Politik heraus keine negative Kritik oder Skepsis transportiere.

Aus städtebaulicher Sicht bedürfe es laut StR Rockenbach Steuerungselemente, um sich positionieren zu können. In den letzten Haushaltsplanberatungen seien bedauerlicherweise keine Personalstellen für die aufsuchende Grünraumberatung beschlossen worden, obwohl ein größerer Anteil an grüner Infrastruktur im Bereich der Fassaden und Dachbegrünung und ein Rückgang der Innenhofversiegelung nötig sei. Neben der reinen Darstellung des Hitzestresses sei eine Bilanz über den Abruf der entsprechenden Fördermittel notwendig. Über Einzelprojekte hinaus bedürfe es einer bedeutsamen Veränderung des Stadtraumes (Verringerung des PKW-Verkehrs, Entsiegelung von Asphaltflächen, Steigerung des Anteils von Dachbegrünungen usw.). Er erwarte von den Akteuren mehr Maßnahmenvorschläge und von der Verwaltung mehr Steuerung. Hinsichtlich der Lebensgrundlagen liefen ökologische und physikalische Gesetze ab, nach denen sich die Menschen richten und ihre ökonomischen Prozesse intelligent danach organisieren müssten. Dazu seien in der Wirtschaft wie auch in der Landwirtschaft regionale Kreisläufe und Stoffströme nötig. In der Landschaft seien diese Kreisläufe aufgrund der regionalen Produkte und der Nährstoffkreisläufe plausibel. In der Region stehe der vorhandene Wohlstand aufgrund des Exportüberschusses in Zusammenhang mit anderen nicht derart leistungsfähigen Staaten auf der Welt. StR Rockenbach appelliert, die Stadträtinnen und Stadträte sollten nicht lediglich die räumliche Nähe von Arbeit und Wohnen organisieren um Verkehr zu vermeiden, sondern die ökonomischen Prozesse in der LHS gestalten. Hierbei müssten aus ökologischen Gründen die gleichen naturräumlichen Grenzen für Waren-, Rohstoff- und Energietransporte bestehen. Da ein Fünftel der Menschheit 80 Prozent der Rohstoffe verbrauche, bleibe den restlichen Menschen das Nachsehen. Die Ausführungen von StR Kotz könnten in der Art aufgefasst werden, zukünftig auf Gebäudesanierungen in der LHS zu verzichten und die eingesparten finanziellen Mittel für Aufforstungen nach Afrika zu transformieren. Es

müsse die Frage gestellt werden, wie der eigene Wohlstand organisiert werden könne, so dass andere Staaten entwicklungs- und wirtschaftspolitische Chancen erhielten.

StRin Schanbacher (SPD) betont, der Sinn des AKU liege in der regelmäßigen Hinterfragung der Klimaschutzmaßnahmen. Es reiche nicht aus, den schlechten klimatischen Zustand der Erde zu bedauern, sondern es müsse vielmehr gehandelt werden. Die Stadträtin schließt sich der Auffassung von StR Rockenbach an, es müssten genauere Aussagen darüber erfolgen, an welchen Stellschrauben konkret nachgesteuert werden müsse. Wichtig sei die Kommunikation aller Themen mit der Bürgerschaft. Dabei sei es nicht vorteilhaft, mit verhärteten Positionen in die Gespräche einzutreten. Die Flächen in der Stadt seien wertvoll und müssten für alle möglichen Funktionen, wie Wirtschaft, Wohnraum und Lebensraum, genutzt werden. In einer der letzten STA-Sitzungen sei auf das Thema Lebensraum eingegangen worden. Der Lebensraum sei einer der Folgenbewältigung des Klimawandels (z. B. blaue und grüne Infrastruktur). Hier erkenne sie einen Widerspruch zwischen den Vorträgen von Herrn Kapp und Herrn Dr. Brust. So sei es beispielsweise hinsichtlich des Rahmenplans "Landschaftsraum Filder" nicht sinnvoll, einerseits aus Sicht der Landwirtschaft möglichst wenig Personen auf den Feldern Zugang zu gewähren, andererseits den Menschen einen Lebens- und Naherholungsraum zu ermöglichen. Hier wünsche sie sich einen Dialog zwischen den Parteien, da sich die Betroffenen seit längerer Zeit gegenseitig blockierten. Es solle nicht der Fehler gemacht werden, die Interessen gegeneinander auszuspielen. Teile der Ausführungen von StR Kotz bezeichnet die Stadträtin als "Kirchturmpolitik". Als reiche Kommune habe die LHS durchaus eine Verantwortung, entsprechende Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen. Die Frage stelle sich, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden könnten, und wie der Klimaschutz in der Stadt weiter vorangebracht werden könne. Eine neu gegründete Bürger*innen-Initiative habe einen Klimabürger*innen-Rat geschlagen, zu dem nach Zufallsprinzip Bürger*innen zugelost würden, die gemeinsam mit Experten das Thema Klimaschutz bearbeiteten. Dadurch würde eine ausgewogene Interessenslage ermöglicht. StR Kotz widerspricht der Kritik von StRin Schanbacher und führt aus, seine Ausführungen stellten gerade das Gegenteil von Kirchturmdenken dar, da die in den reichen Industrienationen erwirtschafteten finanziellen Mittel in anderen Staaten investiert werden sollten. Dies könnte beispielsweise über Patenschaften für moderne Kraftwerke oder Solarprojekte durchgeführt werden.

Es sei stets wichtig, dazuzulernen, betont StR Dr. Oechsner (FDP). Dies sei jedoch schwierig, falls der Blick auf die Dinge verengt sei. Der Vortrag von Herrn Dr. Brust habe den Wunsch nach einer sowohl ökologischen als auch ökonomischen Wirtschaftsweise deutlich gezeigt. Hierbei tauchten klimapolitische Probleme auf, da u. a. die Notwendigkeit der Düngung bestehe. Daher müsse eine wie von StR Kotz ausgeführte Abwägung stattfinden. Die Stadt Stuttgart unternehme zahlreiche Aktivitäten, damit der Klimawandel nicht weiter fortschreite. Er stimmt StRin Schanbacher zu, die Stadt kann sich die Klimaschutzmaßnahmen finanziell leisten. Dies sei allerdings lediglich aus dem Grund möglich, da die Ökonomie nicht außer Acht gelassen werde. Falls der Außenhandelsüberschuss reduziert werden solle und die wirtschaftlichen Ströme lokalisiert werden sollten, müsse zugleich Bereitschaft bestehen, Teile des Wohlstandes abzugeben. Dadurch stünden möglicherweise weniger finanzielle Mittel für den Klimaschutz zur Verfügung. Generell müssten alle Faktoren berücksichtigt werden. Die Stadt habe 200 Mio. Euro in das Klimaschutzpaket investiert und brauche sich nicht zu verstecken. Es sei tragisch, dass in der LHS Erdbeeren erfrieren oder Weizen vertrockne. Dieses sei unbestritten unmittelbare Folge des Klimawandels. Daher müssten Maßnahmen ergriffen werden, die die Folgen zumindest in der LHS abmilderten. Überzogene Forderungen

gen in der Art, in Stuttgart könne das Weltklima gerettet werden, seien nicht angebracht.

StR Köhler (AfD) betont, entweder der Weizen erfriere oder verdorre in der LHS. Er kritisiert das Nichtvorlegen konkreter landwirtschaftlicher Zahlen zu den Hektarerträgen. Dadurch hätte sich eine Zeitreihe ergeben, zu welchem Zeitpunkt sich die Hektarerträge verschlechtert hätten. Die Erträge beim Weizen und anderen Feldfrüchten hätten seit dem Jahr 2018 kontinuierlich zugenommen. Bei Erdbeeren und Spargel könne dies durchaus anders aussehen. Herr Dr. Brust betont, bei genauer Sichtweise stagnierten die Erträge der wichtigsten Kulturpflanzen in den letzten 10 bis 15 Jahren. In guten Jahren hätten sich die Erträge immer wieder erhöht, während sie in schlechten Jahren gesunken seien. Daher ergebe sich im Durchschnitt zwar eine leichte Erhöhung, jedoch würden sich kontinuierlich die Schwankungen verstärken, wodurch ein erhöhter Aufwand an Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln bestehe. Dies erzeuge auf die Landwirtschaft einen starken wirtschaftlichen Druck. Insbesondere beim Weizen könnte trotz hoher Investitionen in die Züchtung neuer Sorten und trotz verbesserter Produktionsverfahren keine Ertragssteigerung erzielt werden. In diesem Fall stelle sich die Frage, andere Kulturpflanzen anzubauen. Nach dem 2. Weltkrieg seien viele Flächen in Ackerflächen umgewandelt worden, die besser auf eine andere Art und Weise hätten genutzt werden können.

Der Klimawandel sei in der Stadt angekommen, so StRin Königeter (PULS). Herr Dr. Brust habe ausgeführt, die ökologischen Systeme seien zumindest theoretisch in der Lage, sich anzupassen. Allerdings sei die Geschwindigkeit des Klimawandels zu hoch, was ein Problem für die Anpassung hinsichtlich der CO₂-Speicherung und der Wassereinlagerung in den Boden darstelle. Ebenso habe Herr Dr. Brust neue Pflanzenarten erwähnt, die über einen früheren oder späteren Reifezeitpunkt verfügten. In anderen Teilen der Erde, in denen ein extremeres Klima als in der LHS herrsche, bestünden Überlegungen, mit Permakulturen zu wirtschaften. Auf ihre Frage, ob in der hiesigen Landwirtschaft ebenso Überlegungen zu Permakulturen und Agroforestsystemen bestünden, betont Herr Dr. Brust, die Landwirte im Südwesten Deutschlands verfügten hierzu mit ihren heutigen Streuobstwiesen und früheren Streuobstäckern bereits über große Erfahrung. Derzeit würden Anbaukombinationen mit an den Feldrändern gepflanzten Bäumen durchgeführt und versucht, Agroforestsysteme mit einer höheren Mechanisierung zu kombinieren. Für die Landwirtschaft sei es beispielsweise interessant, auf benachteiligten Flächen Walnussbäume zu pflanzen, die dann später genutzt werden könnten.

StRin Königeter betont, aus Sicht der Ökonomie seien große einheitlich bepflanzte Flächen vorteilhaft, während dagegen aufgrund der extremen Klimaschwankungen Diversität wichtig sei. Dies treffe ebenso auf den Aspekt der Schädlinge zu, die in durchmischten Kulturen ein nicht so großes Schadenspotenzial entfalten könnten. Hierzu erklärt Herr Dr. Brust, in der Landwirtschaft werde überwiegend ein Mischfruchtanbau durchgeführt. Gerade bei der Herbstbegrünung würden solcherlei Mischkulturen angebaut, um Biodiversität zu erzeugen und Schädlinge abzuwehren. Dies funktioniere gut und hänge von der maschinellen Umsetzung ab. Das Vorgehen könne jedoch noch nicht als gängige Bewirtschaftungsweise bezeichnet werden.

Das Thema Schwammstadt, so StRin Königeter, bei der das Wasser möglichst lange im Boden oder auf Dächern gehalten werde, könne durchaus auf die Landwirtschaft ausgedehnt werden. Eine überwiegend pflanzliche Ernährung sei deutlich klimafreundli-

cher, was allerdings nicht heiße, die Tierhaltung kurzfristig komplett abzuschaffen. Die Stadträtinnen und Stadträte sollten eine vegane Ernährung in der Rathauskantine in Erwägung ziehen, um mehr CO₂ einzusparen. Hinsichtlich des Themas Wald habe sie einer Veröffentlichung entnommen, in Baltmannsweiler (Stadt Plochingen) bestehe in Zusammenarbeit mit der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt in Freiburg ein Versuchsfeld, auf dem verschiedene neue Baumarten getestet würden. Sie erkundigt sich, ob in Stuttgart ebenso ein Projekt durchgeführt würde, andere Baumarten zu nutzen. Dies treffe zwar auf einige Stadtbäume zu, nicht aber auf ganze Waldflächen. Herr Schirner erläutert hierzu, die Verwaltung befinde sich stets in engem Kontakt mit der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt in Freiburg. Ohnehin seien die Förster*innen bundes- und landesweit sehr gut vernetzt und es finde ein intensiver Austausch untereinander statt. Hinsichtlich der Straßenbäume und exotischer Pflanzen stehe die Verwaltung mit der Universität Hohenheim in Verbindung. Bereits seit den Nachkriegsjahren bestehe die Auffassung, die Lösung für viele Umwelt- und Klimaveränderungen liege in exotischen Pflanzen. Vielmehr liege die Realität in einer Mischung zwischen exotischen und heimischen Pflanzen. Bei Kleinstandorten wie der Konrad-Adenauer-Allee sei über die Baumstandorte im letzten Jahr gemeinsam entschieden worden. Die Verwaltung selber habe keine Versuchsflächen angelegt, da dies einen hohen Flächen- und Personalbedarf mit sich bringen würde. Herr Schirner vertritt die Auffassung, die Verwaltung sei derart gut informiert und vernetzt, dass keine Vordringlichkeit eigener Versuchsprojekte bestnde.

StRin Köngeter betont, bezüglich der von StR Kotz und StR Dr. Oechsner angesprochenen möglichst effektiven Mittelverwendung beim Klimaschutz gebe es zwar Maßnahmen in anderen Teilen der Erde, die mehr Wirkung entfalten würden. Jedoch stelle sich die Frage, wie die LHS hierzu beitragen könne, und ob Geld aus dem Klimschutzpaket beispielweise in ein Projekt in Afrika investiert werden solle. Eine andere Betrachtungsweise sei die, die Stadt stelle selbst eine Vorbildfunktion dar. Vorteilhaft sei es, einen Mittelweg zu finden. Viele Maßnahmen würden möglich, wenn über das Ausmaß des Konsums von Lebensmitteln und Getränken in der Stadt nachgedacht würde. Dies beginne bereits mit der Frage, mit welchen Getränken der Gemeinderat bewirtet werde. Es gebe ihrer Auffassung nach eine Personalstelle für nachhaltige Beschaffung. Herr Dr. Brust führt aus, seiner Auffassung nach solle der Fleischkonsum zwar reduziert werden, die Fleischqualität allerdings erhöht werden. Generell solle die Wertigkeit von pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln verbessert werden. Falls die Landwirtschaft für die tierischen Produkte höhere finanzielle Mittel erhalte, könne diese andere Tierhaltungsformen durchführen. Viele Landwirtinnen und Landwirte würden lediglich aufgrund der wirtschaftlichen Zwänge und zur Existenzsicherung große Maststlle erbauen. Es sei wichtig, die Bevölkerung kaufe regionale und auf hoher Qualität erzeugte Lebensmittel ein.

StR Kotz betont, nicht der einzelne Mensch stelle das Problem hinsichtlich des Klimawandels dar. In den letzten 50 Jahren habe sich die Weltbevölkerung von 3,7 Mrd. auf 7,79 Mrd. Menschen mehr als verdoppelt. Seit 1950 bis zum jetzigen Zeitpunkt habe sich der Zuwachs von 2,54 Mrd. auf 7,79 Mrd. Menschen mehr als verdreifacht. Jeder dieser Menschen verfüge über einen klimatologischen Einfluss, da er beispielsweise mobil sei, Landwirtschaft betreibe oder sich von Fleisch ernähre. Daher könne allein die LHS den Klimawandel nicht abbremsen. Falls das Thema Klimaschutz weltweit effektiv angegangen werden solle, sei dies nicht ohne eine Diskussion über eine Begrenzung der Weltbevölkerung möglich. Ohne Lösung dieser Problematik könne die Stadt Stuttgart die angesprochenen klimatologischen Auswirkungen nicht ausgleichen.

StRin Munk weist auf einen Medienbericht zum Thema "Wasser in der Welt" hin. StR Kotz könne die Stadtbevölkerung nicht mit Menschen in der dritten Welt vergleichen, die ihren Wasserbedarf in trockenen Regionen lediglich eimerweise bezögen. Der klimatische Fußabdruck dieser Menschen sei ein völlig anderer als der Fußabdruck von der Bevölkerung moderner Industriestaaten. Ein "Schwarz-weiß-Denken" in der Art, die LHS könne keinen klimatischen Nutzen erbringen und sei hierfür nicht verantwortlich, sei unangebracht. StR Kotz entgegnet, er habe weder von einem "Schwarz-weiß-Denken" gesprochen, noch das eigene Handeln in Sachen Klimaschutz infrage gestellt. Jedoch müsse vor dem Herangehen an die Aufgabe "Globales Weltklima" die Frage gestellt werden, welche Maßnahmen hierzu realistisch seien. Mit seinem Wortbeitrag habe er deutlich machen wollen, dass er dieses Thema mit zwiespältigen Gefühlen betrachte und in dem nötigen Abwägungsprozess nicht immer zu den richtigen Entscheidungen komme. Hinsichtlich des ökologischen Fußabdrucks weise eine Europäerin/ein Europäer einen Wert von 4,87 auf, während eine Afrikanerin/ein Afrikaner einen Wert von 1,4 verursache (Faktor ca. 3,5). Dagegen habe die Bevölkerung in Europa zwischen 1950 und dem jetzigen Zeitpunkt von rund 550 Mio. auf 740 Mio. Menschen zugenommen, was eine 50-prozentige Steigerung darstelle. In Afrika habe sich die Bevölkerung im gleichen Zeitraum verfünffacht. Dieser Aspekt dürfe nicht ausgeblendet werden mit der Argumentation, da die Bevölkerung Afrikas lediglich einen geringen ökologischen Fußabdruck aufweise, seien die Europäer*innen die Bösen. Vielmehr müsse die Anzahl der Fußabdrücke der afrikanischen Bevölkerung ebenso in Betracht gezogen werden. Insgesamt dürfe das städtische Klimaschutzprogramm mit einem Volumen von 200 Mio. Euro nicht kleingeredet werden. Allerdings könne auch Europa nicht allein die katastrophalen Auswirkungen der globalen Klimaverschiebung korrigieren, solange sich die Entwicklung der Weltbevölkerung nicht verändere. StRin Königter stimmt StR Kotz in der Weise zu, die Menschen seien selber Bestandteil des Klimaproblems. Der Gemeinderat könne natürlich nicht öffentlich fordern, die Bevölkerung beispielsweise in Indien oder Afrika dürfe sich nicht im bisherigen Ausmaß reproduzieren. Vielmehr könne sich der Gemeinderat zu dieser Problematik die Frage stellen, bei welchen Banken beispielsweise Geld geliehen werde, und in welche Projekte diese Banken ihr Kapital investierten. So investiere beispielsweise die GLS-Bank große finanzielle Mittel in nachhaltige Projekte.

StRin Munk betont, das Thema Bodenschutz sei wichtig, da eine einmal versiegelte Fläche für die Landwirtschaft für alle Zeiten verloren sei. Es bedürfe einer jahrhundertelangen Zeitspanne, bis ein wertvoller Ackerboden wie auf den Fildern entstehe. Bezüglich des von StR Kotz angesprochenen Abwägungsprozesses hinsichtlich des vierten Stadtbahn-Betriebshofes bestünden stapelbare und nicht stapelbare Funktionen. Da Einigkeit darin bestehe, den ÖPNV in der Stadt und in der Region vorantreiben zu wollen, bedürfe es diesen vierten Betriebshof, wodurch Fläche in Anspruch genommen würde. Es sei dagegen falsch, für den Wohnungsbau landwirtschaftliche Flächen in Betracht zu ziehen und darzustellen, diese seien nicht wertvoll. Es sei zwar einfach, ebene landwirtschaftliche Flächen zu bebauen, allerdings sei Wohnungsbau durchaus stapelbar. Hierbei müsse hinterfragt werden, ob eine kontinuierlich wachsende Wohnfläche nötig sei. Insgesamt müsse an die folgende Generation gedacht werden und hinsichtlich des Klimaschutzes konsequent gehandelt werden. StR Kotz erwidert, die Entscheidung für den Bau des Stadtbahn-Betriebshofs in Weilimdorf habe er nicht kritisiert, vielmehr habe seine Fraktion hierzu zugestimmt. Er akzeptiere, dass bei einer Abwägung über eine Wohnbebauung auf landwirtschaftlichen Flächen durchaus eine andere Entschei-

dung gefällt werden könne. In einem Abwägungsprozess könnten unterschiedliche Meinungen bestehen.

Das Problem des globalen Klimawandels sei offenkundig, so StR Körner (SPD). Daher müsste vor allen Dingen die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umgestellt werden, da hierdurch der größte Anteil an CO₂-Emissionen eingespart werden könnte. Aufgrund der im Jahr 2018 im Vergleich zu 2017 ungünstigeren Energiebilanz der LHS müssten in diesem Bereich wesentlich mehr Anstrengungen unternommen werden. Ebenso müsse hierbei das Klima in Stuttgart betrachtet werden. Die Auffassung, hinsichtlich des Wohnungsbaus keine Außenentwicklung zu betreiben, sei absolut nachvollziehbar. Der Bau des Stadtbahn-Betriebshofs im Stadtbezirk Weilimdorf erfordere rund 5 ha landwirtschaftliche Fläche, während eine mögliche Bebauung des Birkacher Feldes etwa 10 bis 20 ha umfasse. Dieses betrage zwar lediglich 0,1 bis 0,2 Promille der gesamten Stadtfläche, stelle jedoch trotzdem ein Problem dar. An StR Rockenbach gewandt betont StR Körner, falls sich dieser einerseits für bezahlbaren Wohnraum einsetzt und gleichzeitig das größte Innenentwicklungsprojekt ablehnt, ist dies nicht schlüssig. Seine Fraktion plädiere für eine von der Fraktion der Freien Wähler bereits vorgeschlagene Bedarfsanalyse für den zukünftigen Wohnungsbedarf. StRin Munk ergänzt hierzu, der Erhalt der Bodenfunktionen sei wichtig. Die angesprochenen Probleme der Verdunstung und Grundwasserbildung sowie des Hochwasserschutzes könnten aus baulicher und technischer Sicht nicht gelöst werden. Daher solle geprüft werden, welche Auswirkungen eine weitere Versiegelung der landwirtschaftlichen Flächen mit sich bringe.

Hinsichtlich der wichtigen Bedeutung der Landwirtschaft für die LHS führt StR Körner aus, in seinen Ausführungen habe Herr Dr. Brust zwischen einer Genuss- und Lebensmittelversorgung unterschieden. Der Stadtrat erkundigt sich, in welcher Höhe der Lebensmittelbedarf in der Stadt bestehe, und wieviel hiervon von der Stuttgarter Landwirtschaft abgedeckt werde. Er vermutet, der wesentlich größte Anteil des städtischen Lebensmittelbedarfs werde nicht aus der Stuttgarter Gemarkung bedient. Dabei müsse betrachtet werden, ob die städtische Landwirtschaft lediglich eine "Liebhaberei" darstelle oder über ein größeres Ausmaß verfüge. Herr Dr. Brust betont, die Frage nach dem Stuttgarter Selbstversorgungsgrad nicht pauschal beantworten zu können, da die Frage sehr tiefgreifend sei. Erst müsse definiert werden, mit welchen Lebensmitteln die Stuttgarter Stadtbevölkerung versorgt werden solle. Beispielsweise liege bei der Abdeckung der Anteil von Getreide niedriger als der Anteil von frischem Obst und Gemüse, bei denen eine zeitnahe Lieferung zum Verbraucher wichtig sei. Er schlägt vor, die konkreten Zahlen zu diesem Aspekt bei Bedarf nachzuliefern. Daraufhin richtet StR Körner seine Bitte an die Verwaltung, Daten über die Lebensmittelproduktion und -versorgung in der Stadt zu liefern.

StR Körner verweist auf das in einigen Städten bereits praktizierte sogenannte "Vertical Farming", bei dem "Indoor"-Lebensmittel produziert würden. So könne der auf der Umlandhöhe aufgegebene unterirdische Wasserbehälter mit "Vertical Farming bewirtschaftet werden. Er fragt nach, ob diese Bewirtschaftungsweise in der LHS denkbar und wirtschaftlich ist, sowie welche Potenziale hierbei gesehen werden. Dieses Thema stelle einen weltweit interessanten Aspekt dar, betont Herr Dr. Brust. Das "Vertical Farming" bringe viele Vorteile mit sich, da die Nährstoffe sehr effizient eingesetzt werden könnten, und da aufgrund der Abschottung weniger Probleme mit Schädlingen bestünden. Diese Bewirtschaftungsform sei positiv zu beurteilen, da die Bevölkerung regional mit frischem Gemüse versorgt werden könne. Allerdings finde das Gros der landwirt-

schaftlichen Produktion auf der Fläche statt. "Vertical Farming" könne hierbei eine Ergänzung darstellen. StR Körner schlägt daraufhin vor, einen Vertreter beispielsweise der Universität Hohenheim in den AKU einzuladen, um über das Potential für "Vertical Farming" in der LHS zu referieren.

StR Boy (90/GRÜNE) betont, bei aller Wichtigkeit des globalen Aspekts der Klimaerwärmung begrüße er die Aussagen von StR Körner, der sich statt auf die globale Ebene auf die kommunalpolitische Ebene bezogen hat. Das Klimaaktionsprogramm der LHS mit einem Volumen von rund 200 Mio. Euro sei auf einem guten Weg. Hierbei gehe es beim Thema der Energieversorgung um eine konkrete CO₂-Treibhausgasreduktion. Andere Bereiche, wie die Landwirtschaft, seien nicht genügend geprüft worden. Herr Dr. Brust habe in seinem Vortrag sehr stark die Anpassungsstrategien in den Vordergrund gestellt, die enorme Herausforderungen darstellten. Es solle geprüft werden, in welcher Weise auf kommunaler Ebene über Bewirtschaftungsstrategien bereits CO₂ eingespart werden könne. Bei der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung sei es wichtig, die Humusschicht des Bodens aufzubauen. Auf die Frage von StR Boy, wie Herr Dr. Brust dieses Thema angehe, und wie er mit anderen Landwirten darüber vernetzt sei, betont dieser, die Frage des Humusaufbaus ist nicht leicht zu gestalten. Die Landwirtschaft müsse die vorhandene Humusschicht erhalten, da ein Humusabbau aufgrund der Bodenbearbeitung (z. B. Pflügen) stattfinde. Dadurch werde dem Boden Luft zugeführt und die Mikroorganismen würden aktiv die organische Substanz zersetzen. Im Hinblick auf die Humusbilanz sei es wichtig, organische Substanz nachzuführen, was durch den Anbau entsprechender Kulturpflanzen geschehe. Diese müssten eine organische Substanz in der Form hinterlassen, dass der Humusgehalt im Boden wieder ansteigen könne. Die Landwirtschaft sei bemüht, eine ganzjährige Bedeckung des Bodens durch Bepflanzung durchzuführen. Daher werde nach der Ernte im Sommer eine Herbstbegrünung mit Zwischenfrüchten eingearbeitet, wodurch über die Wurzelausscheidungen genügend organische Substanz produziert werde, um den Humuspiegel konstant zu halten. Ebenso eigne sich in der LHS aufgrund des milden Klimas der Anbau von Ackerfutterpflanzen wie der Luzerne. Dieses Vorgehen unterscheide sich von der früheren Bewirtschaftungsweise, die Ackerflächen nach der Ernte umzupflügen und brachliegen zulassen.

An StR Körner gewandt betont StR Boy, eine Großstadt könne sich zu keinem Zeitpunkt komplett mit eigenen landwirtschaftlichen Produkten versorgen. Der von StR Körner der heimischen Landwirtschaft unterstellte Begriff "Liebhaberei" sei nicht angebracht. Die regionalen Kreisläufe könnten einen Teil der regionalen Lebensmittelversorgung darstellen, während ein anderer Teil der Lebensmittel in die LHS importiert werden müsse.

BM Pätzold begrüßt die engagierte Diskussion und betont, die LHS brauche sich beim Thema Klimaschutz nicht zu verstecken. Dieser Aspekt könne anderen Städten durchaus selbstbewusst kommuniziert werden. Insbesondere in den beiden letzten Jahren sei intensiv über eine möglichst effektive und zügige Verwendung der finanziellen Mittel für den Klimaschutz diskutiert worden. Bezüglich der Energierichtlinie für die städtischen Gebäude nehme die LHS eine Vorreiterrolle ein. Über die mit dem Bau des neuen Stadtbahn-Betriebshofs verbundenen Aspekte sei auch vor Ort ausführlich diskutiert worden. Nach einem intensiven Abwägungsprozess sei das Gesamtprojekt mit einer breiten Mehrheit beschlossen worden, was aus Sicht des Bürgermeisters die richtige Entscheidung gewesen sei. Hinsichtlich der Anpassung an den Klimawandel liege der Rahmenplan Talgrund West, die Broschüre "Grün statt Grau" sowie ein ansprechender Film vor. Ebenso sei ein referats- und ämterübergreifender Workshop zu diesem Thema

durchgeführt worden. In Zusammenarbeit mit dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt (GFF) seien in der Stadt mehrere Bäume gepflanzt worden. Allerdings existierten in vielen Bereichen Zielkonflikte. In Zeiten der Corona-Pandemie hätte ein großer Teil der Bevölkerung die Qualität der Stuttgarter Naherholungsgebiete entdeckt. Dabei bewegten sich die Spaziergänger*innen, Hundehalter*innen, Radfahrer*innen, Nordic-Walker*innen und Jogger*innen in großer Zahl auf den Feldwegen, Wiesen und Äckern. Falls in dieser Situation ein durch Sturm verursachter herabstürzender Ast eine Passantin oder einen Passanten verletze, entstehe rasch Kritik am GFF in der Art, die vorgeschriebene Verkehrssicherungspflicht werde nicht eingehalten. Ein Waldumbau sei allerdings nicht ohne Eingriffe in den Bestand möglich. Zukünftig würden andere Baumarten in den Wäldern angetroffen. Ebenso würden, wie von Herrn Dr. Brust erwähnt, andere Pflanzenarten Einzug halten. Es sei wichtig, mit den sich abzeichnenden Veränderungen in der richtigen Art und Weise vorzugehen. Diese Aufgabe sei noch nicht in der Breite bekannt und erfordere Abwägungen. Beim Thema zugewanderte Arten stelle die Quaggamuschel ein Problem für die Bodenseewasserversorgung dar, da sie dem gesamten Rohrsystem zusetze. Ebenso sei die Tigermücke aufgetreten, was zukünftig zu keineswegs einfachen Problemen führen werde.

Zum Thema Bodenqualität bemerkt Herr Dr. Brust, die Böden in der LHS zählten in ihrer Wertigkeit zu den besten Böden Mitteleuropas. Dies gehe aus der in den 1930er-Jahren eingeführten Reichsbodenschätzung hervor, die eine Skala von 0 bis 100 Punkte beinhalte. Im Raum Stuttgart würden aufgrund von Parabraunerden aus Lösslehm deutlich über 90 Bodenpunkte erreicht. Mitteleuropa stelle die besten Voraussetzungen für den Ackerbau dar. In Brasilien, im mittleren Westen der USA oder in Afrika würde die Landwirtschaft einen wesentlich höheren Einfluss auf die Standorte und die Umwelt mit sich bringen als in Mitteleuropa. Hier spielten das gemäßigte Klima und die gute Bodenqualität eine große Rolle, um auf hohem Niveau und relativ umweltverträglich produzieren zu können. Es sei wichtig, die hochwertigen Ackerböden zu erhalten, damit beispielsweise in Afrika kein Wald umgebrochen werden müsste.

Zu dem in der Diskussion mehrfach angesprochenen Aspekt der Flächenversiegelung weist Herr Dr. Brust auf die zahlreichen seit dem 2. Weltkrieg versiegelten Flächen hin. Im Stadtbezirk Mühlhausen hätten zu früheren Zeiten die Stadtteile Mönchfeld, Freiberg und Neugereut allesamt unversiegelte landwirtschaftliche Flächen dargestellt. Diese Versiegelung bringe negative Folgen hinsichtlich der Hochwassergefahr mit sich. In anderen Stadtbezirken wie Untertürkheim oder Weilimdorf sei ebenso ein hoher Anteil von Flächen versiegelt worden.

Mit der Maßgabe, das Thema Landwirtschaft und Produktion zur Abfrage der entsprechenden Daten an die Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung weiterzugeben und ein Referat einer Vertreterin oder eines Vertreters der Universität Hohenheim zum Thema "Vertical Farming" zu prüfen, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat von den Berichten Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Klimaschutz
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS